

Matthias Heine

DUDEN

KAPUTTE WÖRTER?

**Vom Umgang mit
heikler Sprache**

Indianer, taubstumm, Beziehungsta
Fräulein, Eskimo, Einmannpackung
Hasenscharte, obdachlos, Eingebore
schwarzfahren, Sekte, Prostituiert

Matthias Heine

Kaputte Wörter?

Matthias Heine

Kaputte Wörter?

Vom Umgang mit heikler Sprache

Dudenverlag
Berlin

Wie Wörter kaputtgehen können

Die Bibel bringt ein Beispiel dafür, dass Sprache seit Anbeginn der Zeiten Menschen nicht nur verbindet, sondern auch trennt: Nach einem Kriegszug fingen die siegreichen Kämpfer von Gilead die flüchtenden Ephraimiter am Jordan ab. Um ihre Feinde zu identifizieren, ließen die Gileaditer alle Angehaltenen das hebräische Wort *Schibboleth* sagen, von dem man heute nicht mehr sicher weiß, ob es »Kornähre« oder »Strom« bedeutete. Die Männer aus Ephraim sprachen dieses Wort mit *S* im Anlaut aus statt wie die Gileaditer mit *Sch*. Wer sich nun auf diese Weise als Feind verriet, wurde niedergemacht. In der Linguistik gibt es im Rückgriff auf diese Geschichte den Fachausdruck *Schibboleth* für Worte, durch die sich Sprecher einer bestimmten Gruppe oder einer Region zuordnen lassen.

Es ist aber nicht nur die Aussprache, die ethnische und soziale Trennlinien sichtbar machen kann, sondern genauso die Wortwahl. Spätestens seit der Erfindung der Druckerpresse im 15. Jahrhundert und der durch sie ermöglichten politischen Massenagitation werden auch ideologische Grenzen mit Wörtern markiert. Dabei sind es keineswegs nur bewusst genutzte Schlagwörter wie *papistisch* und *evangelisch*, *rechts* und *links*, *feudalistisch* und *kapitalistisch*, die die Rolle von politischen *Schibboleths* übernehmen. Selbst ein vermeintlich unpolitischer Sprachgebrauch kann verraten, welchem Lager ein Sprecher zuzuordnen ist.

In Deutschland ist beispielweise die Verwendung von Fremdwörtern seit dem 17. Jahrhundert immer auch eine politische Angelegenheit. Damals kämpften die barocken Sprachgesellschaften gegen die mit französischen und italienischen Ausdrücken durch-

setzte sogenannte Alamodesprache, die angeblich die deutsche Identität gefährde. Die letzten Gefechte im jahrhundertelangen Ringen um eine vermeintliche Überfremdung des Deutschen mit französischen Ausdrücken wurden schließlich im Ersten Weltkrieg geführt, als der Allgemeine Deutsche Sprachverein, eine wirkmächtige Nichtregierungsorganisation, jeden des Vaterlandsverrats verdächtigte, der immer noch *Billett* statt *Fahrkarte* sagte oder sich gar mit *Adieu* statt *Lebewohl* verabschiedete.¹

Der schrille Ton und die massenhafte Mobilmachung sprachlicher Parteigänger, mit denen der Sprachverein unter seinem Vordenker Otto Sarrazin Kampagnen führte, muten sehr vertraut und modern an. Im Rückblick erkennt man in der extremen Politisierung des Wortgebrauchs und in der schneidigen Art und Weise, wie Trennlinien zwischen Richtig- und Falschsprechern gezogen wurden, Verhaltensmuster der allerjüngsten Gegenwart wieder.

Denn heute werden um das richtige Sprechen wieder Konflikte ausgetragen, deren Schärfe oft eine geradezu existenzielle Dimension erreicht. So wie Sarrazin und die Seinen im Ersten Weltkrieg glaubten, das Schicksal der Nation werde nicht zuletzt auf dem Felde des korrekten Wortgebrauchs entschieden, so glauben auch heute manche, Wohl und Wehe einer diversen, modernen und offenen Gesellschaft sei bedroht durch die Fortexistenz von Wörtern wie *Pizza Hawaii* oder *Schwarzfahrer*.

Henning Lobin, der Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim, beschreibt diese Konflikte und ihre gesellschaftliche Brisanz in seinem Buch »Sprachkampf«. Ich teile nicht seine Ansicht, dass dieser Kampf von rechts entfesselt wurde – mit dem 1997 gegründeten Verein Deutsche Sprache als zentralem Akteur. Das Aufkommen einer mehr oder weniger rechten Sprachlobby, die manchmal wirkt wie ein grotesker Wiedergänger des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, scheint mir

eher eine Reaktion auf Initiativen von links zu sein. Es waren ja nicht die Konservativen, die die Rechtschreibreform durchfochten. Es sind auch keine Rechten, die seit den 1980er-Jahren den Umbau der deutschen Grammatik im Namen der Geschlechtergerechtigkeit forcieren. Und es sind naturgemäß nicht die eher beharrenden Kräfte, die mittlerweile fast wöchentlich etablierte Begriffe als »rassistisch«, »sexistisch« oder »ausgrenzend« brandmarken.

Um dieses letztgenannte Feld des Sprachkampfes geht es im vorliegenden Buch: eine Musterung von Wörtern, die problematisch geworden sind. Sie sind in dem Sinne kaputt, dass sie, wenn man sie unbedacht benutzt, möglicherweise unerwünschte Kommunikationsstörungen auslösen. Statt eine sprachliche Aussage in Gänze zur Kenntnis zu nehmen, streitet man sich plötzlich um Angemessenheit eines einzelnen Wortes. Solche Erfahrungen macht wohl jeder, der spricht: nicht nur als Journalist, Talkshowteilnehmer oder Politiker an ein großes Publikum gewandt, sondern auch im kleinen Kreis von Freunden und Familie.

Dieser neue Sprachkampf hat im Wesentlichen drei Ursachen: Zwei davon sind internationale Phänomene, eines ist spezifisch deutsch.

Erstens erheben gesellschaftliche Gruppen, die in traditionellen patriarchalen und ethnisch weitgehend homogenen Gesellschaften unsichtbar, stigmatisiert, machtlos, marginal oder ganz einfach noch inexistent waren, nun Anspruch darauf, mitzubestimmen, wie man sie nennt und wie in Institutionen über sie geredet wird. Das ist vollkommen legitim. Verstörend daran ist allerdings der schrille Ton, mit dem Aktivisten häufig das Recht fordern, Fragen des Wortgebrauchs ausschließlich und endgültig in ihrem Sinne zu entscheiden, statt mit offenen demokratischen Diskussionen für eine Veränderung zu werben.

Zweitens verändert die digitale Medienrevolution der ver-

gangenen zwei Jahrzehnte die Bedingungen, unter denen vermeintlich falsches Sprechen wahrgenommen und diskutiert wird. Früher verhallte ein rassistisches oder sexistisches Wort meist im engen Echoraum des Stammtischs, der familiären Kaffeetafel oder der Bierzeltrede. Heute ist der unsympathische Onkel, der allen auf den Wecker geht, weil er darauf beharrt, weiterhin → *Neger* zu sagen, bei Facebook oder Twitter aktiv. Und ihm gegenüber sitzt nicht mehr nur eine einzige Nichte, die gerne auch den Rest der Verwandtschaft darüber aufklärt, was man neuerdings – jenseits solcher unumstrittenen No-Gos – alles nicht mehr sagen soll, sondern ein Heer von Sprachwächtern.

Sogar die öffentliche Rede hatte in den analogen Medienzeiten nicht annährend die Reichweite und das Empörungspotenzial wie heute. Als Franz Josef Strauß 1978 in einer Aschermittwochsansprache linke Kritiker als »Ratten und Schmeißfliegen« bezeichnete, dauerte es Tage, wenn nicht gar Wochen, bis das anstößige Zitat bekannt wurde, und dann noch mal etliche weitere Weilen, bis die politische Konkurrenz, Medien, Künstler und Satiriker darauf reagierten. Außerdem blieb das Echo auf den vergleichsweise kleinen Kreis gedruckter Zeitungen, Plakate, Postkarten und ganz weniger Äußerungen in den nur drei existierenden Fernsehsendern beschränkt. Heute dagegen erreicht das unbeholfene Gerede von weißen Prominenten über ein Wort wie → *Zigeunerschnitzel* in einer obskuren WDR-Talkshow am späten Abend dank der sozialen Medien innerhalb weniger Stunden eine Öffentlichkeit, die größer ist als die Zahl der Zuschauer, die die Sendung überhaupt anschauten. Noch weiter wird der Erregungszirkel dann dadurch, dass Sprachkritiker die missglückte Sendung nachträglich begutachten und Medien über den Shitstorm berichten – was selbst dem unwilligsten Diskursteilnehmer jede Chance nimmt, solche Banalitäten komplett zu ignorieren.

Der dritte Grund für den neuen Sprachkampf ist eine deut-

sche Besonderheit: *German linguistic angst*. In unserem Land ist die Furcht vor falscher Sprache besonders ausgeprägt. Das hat damit zu tun, dass unser Deutsch schriftlich gewissermaßen besonders in der Religion in Erscheinung getreten ist. Die Lutherbibel wird sogar von Nichtgläubigen immer noch als eine Offenbarung angesehen, an der sterbliche Menschen möglichst wenig herumdoktern sollten. Zwar gilt Luther mittlerweile nicht mehr als »Erfinder« der deutschen Sprache. Aber das Charisma und Prestige des Reformators halfen sicher, das Lutherdeutsch als Nationalsprache zu etablieren. Als die Religion ins Wanken geriet, traten an ihre Stelle die Anbetung der Literatur und der Nation. So hatte Deutschland eine Nationalsprache und eine Nationalliteratur, lange bevor es eine Nation wurde. Vermeintliche Gefährdungen der Sprache wurden deshalb immer als Angriff auf die Nation gewertet.²

Diese religiöse beziehungsweise nationalreligiöse Observanz setzte sich selbst dann noch fort, als Religion und Nation als Leitbilder allmählich verblassten. Einen wie Karl Kraus, der in seiner Zeitschrift »Die Fackel« 1899 bis 1936 vier Jahrzehnte lang politischen Gegnern aus sprachlichen Entgleisungen Stricke drehte, gab es in der angelsächsischen Welt nicht. Der bis heute anhaltende Kraus-Nimbus hat auch damit zu tun, dass er recht hatte und zugleich alles, was er schrieb, umsonst war: Die Zerstörung der Vernunft und der Republiken in Deutschland und Österreich wurde tatsächlich sprachlich vorbereitet und vollendet. Die Bemühungen des Nationalsozialismus um ein gelenktes Deutsch, das gar kein Denken mehr außerhalb der faschistischen Ideologie erlaubte, sind seit Victor Klemperers Standardwerk »LTI« in unzähligen wissenschaftlichen Aufsätzen und Büchern beschrieben worden.³ Paradoixerweise führte diese Erfahrung mit totalitärer Sprachlenkung in Deutschland nicht dazu, dass man staatlichen Zugriffen auf die Sprache misstraut, sondern den ungelenkten

Wildwuchs des »falschen« Wortgebrauchs scharf beäugt und semantische Fehlgriffe von Einzelpersonen schnell unter Faschismusverdacht stellt.

Für die Sonderrolle des Phänomens *German linguistic angst* spricht zudem unser einzigartiges Vokabular. Begriffskämpfe gibt es auch in anderen Nationen, aber es existiert dort kein Wort, das so etabliert und allgemein verständlich ist wie unser Ausdruck *Sprachkritik*. Im Englischen behilft man sich wechselweise mit *language criticism*, *linguistic criticism* oder – wie in den beiden maßgeblichen Übersetzungen von Wittgensteins »Tractatus« – mit *critique of language*.

Das Gleiche gilt für *Unwort*. Es ist nicht einmal wirklich übersetzbar: *non word*, so wird es meist ins Englische übertragen, hat nicht annähernd die moralische Komponente, die die Vorsilbe *Un-* dem deutschen Ausdruck aufgrund der Analogie zu *Unmensch*, *Unhold*, *Ungerechtigkeit* oder *Unrechtsstaat* verleiht.

Dass hierzulande eine besonders ausgeprägte Furchtsamkeit in Bezug auf falsche Sprache herrscht, belegt eine kleine Anekdote um den amerikanischen Schriftsteller Colson Whitehead. Dessen Roman »Harlem Shuffle« schickte der deutsche Verlag einen Warnhinweis voraus: »Den Wünschen des Autors entsprechend, wurde die Sprache Amerikas in den Fünfziger- und Sechzigerjahren historisch getreu wiedergegeben.« In den USA war so etwas nicht nötig. Im Interview mit meinem Kollegen Wieland Freund zeigte Whitehead dafür Verständnis und war zugleich belustigt: »Mein deutscher Verleger kriegt Briefe, in denen sich Leute über das N-Wort beschweren, und das tut mir schrecklich leid. Ein Verleger hat so viele Sachen auf dem Schirm, dass er nicht auch noch Briefe aufmachen muss, in denen er von irgendwem gemaßregelt wird, der nicht begreift, dass ein historischer Roman die dazugehörige Sprache verwenden muss. Die Diskussion darüber ist ziemlich komisch.«⁴

Dieses Buch soll einen Überblick geben über die »komischen« Diskussionen, die in Deutschland über vermeintlich kaputte und nicht mehr gebrauchsfähige Wörter geführt werden. Es geht dabei keineswegs um Begriffe, die immer schon klar und eindeutig abwertend und diskriminierend gemeint waren, sondern um solche, die früher als durchaus neutral galten. Eine solche Liste kann niemals vollständig sein. Schon während der Niederschrift kamen ständig neue Wörter hinzu. Aber das Buch wird, so hoffe ich, doch wenigstens als Handreichung für all diejenigen taugen, die sich einen Überblick über das unübersichtliche Terrain der Sprachkämpfe verschaffen wollen.

In erster Linie geht es mir dabei um die Darstellung der Geschichte solcher Wörter und der aktuellen Kritik an ihnen. Meine zusätzlichen Einschätzungen sind kein Versuch, nun selbst als Sprachpolizei oder Anti-Sprachpolizei aktiv zu werden. Vielmehr sollen sie Menschen, die Freude an offenen Debatten haben, zum Weiterdenken anregen. Vor allem dürfen sie nicht mit Empfehlungen der Dudenredaktion verwechselt werden, der ich nicht angehöre und deren Ratschläge ich hier zwar gerne zitiere, die sich aber nur unterstützend, niemals maßregelnd an der Entstehung dieses Buches beteiligte.

Ich gehe von der Grundüberzeugung aus, dass keine Regierung, keine Behörden und erst recht keine Minderheiten den 200 Millionen Deutschsprechern vorzuschreiben haben, welche Wörter sie gebrauchen dürfen. Auch dann nicht, wenn solche Minderheiten sich von den Wörtern betroffen oder diskriminiert fühlen. Betroffenheit und Diskriminierung sind unklare psychologische Kategorien, die, wenn sie zur Legitimation politischen Handelns herangezogen werden, Willkür ermöglichen. Die lange, meist düstere Geschichte politischer Sprachlenkung bei der manischen Jagd auf Fremdwörter im Kaiserreich, der ideologischen Manipulation im Dritten Reich und in der DDR sowie zuletzt bei

der Rechtschreibreform sollte eigentlich zu Zurückhaltung mahnen, zumal die beiden letztgenannten Eingriffe in den natürlichen Sprachwandel im Namen eines unklaren Fortschritts stattfanden.

Dieses Buch bietet keine Strategien zur Abwehr legitimer Debatten. Zwar hatte ich während meiner Recherchen oft genug das schwindelerregende Gefühl, in Abgründe von Anmaßung und Besserwisserei (manchmal gepaart mit Unkenntnis) zu schauen. Doch auch auf die Wünsche unhöflicher und anmaßender Menschen kann man ja aus Höflichkeit eingehen, wenn es einen nicht mehr kostet, als einem Wort Lebewohl zu sagen, mit dem keine großen Gefühlswerte oder kulturellen Traditionen verbunden sind und das auch nichts zu einer differenzierten Beschreibung der Welt beträgt.

Bei manchen Wörtern in diesem Buch aber wird die Mehrheit der Deutschsprecher vielleicht mittelfristig zur Übereinkunft gelangen, dass sie gar nicht so kaputt sind. Der Streit um das Wort → *Jude* oder der Gebrauch, den W. E. B. Du Bois oder Martin Luther King von *Negro* / → *Neger* machten, zeigen, dass das Diskriminierende keine Essenz ist, die immer schon in den Wörtern eingeschrieben war und ihnen ewig unauslöschlich eingeschrieben bleibt. *Schwuler* zum Beispiel war ein Schimpfwort und konnte dennoch zur stolzen Eigenbezeichnung werden.

Kein verantwortungsbewusster Mensch wirft heute ein jahrzehntealtes Fahrrad oder einen Plattenspieler weg, wenn sie kaputtgehen. Mit einem ähnlichen Blick sollten auch jahrhunderalte Wörter auf ihre Reparaturfähigkeit zumindest geprüft werden. Wenn dieses Buch dafür brauchbares Hintergrundmaterial liefert, erfüllt es seinen Zweck.

Abtreibung

Ursprung: Um 1500 wurde das Wort als Substantivierung zum Verb *abtreiben* »eine Früh- oder Totgeburt herbeiführen, einen Fötus aus dem Mutterleib entfernen« gebildet. So heißt es in der Bambergischen Peinlichen Halsgerichtsordnung von 1507: »Item so yemant einem weybsbilde durch bezwanck essen oder trincken ein lebendig kindt abtreybt [...] der ist mit dem schwert (als ein todtschleger) zum todt zustraffen [...].⁵ Der Verfasser dieses epochalen, für die deutsche Rechtsgeschichte wegweisenden Schriftstücks war Johann von Schwarzenberg, der 1521 auch den ersten Entwurf zur Peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. ausarbeitete. In diesem Strafgesetzbuch, das bis zum Ende des Alten Reichs 1806 in Kraft blieb, findet sich der entsprechende Passus nahezu textgleich.

Gebrauch: Jahrhundertelang war *Abtreibung* ein juristischer Terminus. Im Preußischen Landrecht von 1794 steht unter der Deliktbezeichnung »Abtreibung der Leibesfrucht«: »§. 985. Weibspersonen, welche sich eines Mittels bedienen, die Leibesfrucht abzutreiben, haben schon dadurch Zuchthausstrafe auf sechs Monathe bis Ein Jahr verwirkt. [...] §. 988. Wer durch schädliche Medicin, oder auf andre Art, zur Abtreibung eines Kindes vorsätzlich Hülfe leistet, wird mit gleicher Strafe, wie die Mutter selbst, belegt. [...] §. 990. Ist die Abtreibung von einem Dritten ohne Wissen und Willen der Mutter veranstaltet worden: so hat der Thäter zehnjährige bis lebenswierige Festungsstrafe verwirkt.«

Ein neues Strafgesetzbuch, das im Zuge der deutschen Reichs-

gründung 1871 erlassen wurde, vereinheitlichte und verschärfte die Strafen für *Abtreibung*. Es entstand der bis heute sogenannte Paragraf 218: »Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleib tötet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. [...] Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tötung bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.«⁶ Die Gründe für diese härtere Haltung waren keineswegs religiöser Natur. Die katholische Kirche etwa beurteilte bis ins 19. Jahrhundert die *Abtreibung* bis zum 40. (bei männlichen Föten) beziehungsweise 80. (bei weiblichen Föten) Tag infolge der auf Aristoteles zurückgehenden Lehre der »sukzessiven Beseelung« als minderschwer. Im bayerischen Kriminalkodex von 1751 war *Abtreibung* in der ersten Schwangerschaftshälfte noch straffrei. Erst aufgrund neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde das ungeborene Leben von Anfang an als Mensch angesehen.⁷

Kritik: Die Behandlung des Paragrafen 218 durch die Nationalsozialisten, die »Stern«-Kampagne von 1971, bei der 374 Frauen bekannten »Wir haben abgetrieben«, die Liberalisierung in der DDR seit 1972 sowie die bundesdeutschen Reformen 1976 und 1992 sind hier nicht Thema und können nicht detailliert geschildert werden. Sie hatten allerdings Auswirkungen auf die Benennung des umstrittenen Tatbestands. Erkennbar nahm seit den 1970er-Jahren der Gebrauch der vereinzelt bereits seit Anfang der 1930er-Jahre belegbaren Wörter *Schwangerschaftsabbruch* oder *Schwangerschaftsunterbrechung* anstelle von *Abtreibung* zu. Diese Ausdrücke, die zuvor nur in medizinischen und juristischen Schriften vorkamen, wurden in die Umgangssprache und die Debatten getragen, weil sie die mit jahrhundertelanger moralischer Stigmatisierung verbundene alte Bezeichnung ersetzen sollten.

Die negative Aufladung des alten Begriffs fand selbst dort noch statt, wo *Abtreibungen* legal waren. In der DDR zum Beispiel unterschied man sowohl in Gesetzestexten als auch in Zeitungsartikeln zwischen der legitimen *Schwangerschaftsunterbrechung* (in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen) und einer illegalen *Abtreibung*, die von »Kurpfuschern« vorgenommen wurde.⁸

Obwohl die westdeutsche Frauenbewegung lange darauf beharrte, den Begriff positiv zu verwenden, setzten sich auch in der Bundesrepublik die alternativen Bezeichnungen im politischen und juristischen Sprachgebrauch allmählich durch.

Im Bundestag verwendete erstmals die FDP-Abgeordnete Emmy Diemer-Nicolaus, als sie 1969 für eine Reform des Paragraphen 218 warb, einen der neuen Ausdrücke: »Diese Reform muß erfolgen. Sie ist eine der vordringlichsten vom nächsten Bundestag zu behandelnden Fragen. [...] Es ist keineswegs so, daß in den anderen Staaten einer Schwangerschaftsunterbrechung auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in einem weiteren Umfang Tür und Tor geöffnet wäre.«⁹ 1972 tauchte *Schwangerschaftsabbruch* erstmals in einem Gesetzentwurf der SPD/FDP-Bundesregierung auf. Darin heißt es: »Der Entwurf sieht für den Schwangerschaftsabbruch Straffreiheit vor, wenn dieser zwischen dem 14. Tag und dem Ende des dritten Monats nach der Empfängnis mit Einwilligung der Schwangeren nach ärztlicher Beratung von einem Arzt vorgenommen wird (sog. Fristenmodell).« Das Wort *Abtreibung* kommt in dem Papier aber ebenso noch vor wie die Formulierung *Abbruch der Schwangerschaft*.

Nach jahrelangen Debatten, in denen das Wort *Schwangerschaftsabbruch* auch mündlich immer häufiger im Bundestag verwendet wurde, und einer Zurückweisung des Fristenmodells durch das Bundesverfassungsgericht verabschiedete die SPD/FDP-Regierung schließlich das Fünfzehnte Strafrechtsänderungsgesetz, das den alten Paragraphen 218 abschaffte und

durch eine Neufassung ersetzte. Darin ist das Wort *Abtreibung* nicht mehr zu finden, stattdessen ist vom *Abbruch der Schwangerschaft* die Rede, der aufgrund von medizinischer Indikation (Gefahr für die Mutter), kriminologischer Indikation (Vergewaltigung, Inzest), eugenischer Indikation (Behinderung des Kindes) und Notlagenindikation (psychische und soziale Ausnahmesituationen) straffrei bleiben konnte.¹⁰ In den folgenden Jahren etablierte sich im Sprachgebrauch des Bundestags sowie der Gesetze und Verordnungen die Variante *Schwangerschaftsabbruch*. In der Änderung des Strafgesetzbuchs, die 1992 eine Fristenlösung fest-schrieb, setzte sich *Schwangerschaftsabbruch* als Terminus end-gültig durch.¹¹

Seitdem gibt es Bestrebungen, den in der Alltagssprache und den Medien immer noch gängigen Begriff *Abtreibung* gänzlich zu verdrängen. Auf der Homepage familienplanung.de der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird zur »umgangssprachlichen« Bezeichnung *Abtreibung* erklärt: »Dieser Begriff wird manchmal auch mit abwertendem Beiklang verwendet (früher wurden illegale Schwangerschaftsabbrüche so bezeichnet). Deshalb wird auf familienplanung.de der Begriff ›Schwangerschaftsabbruch‹ verwendet.«¹² Die feministische Medizinerorganisation Doctors for Choice Germany e.V. erläutert die Problematik des Wortes *Abtreibung* aus ihrer Sicht: »Seit circa einem halben Jahrhundert wird der Begriff teilweise abwertend verwendet, beispielsweise im Kontext illegaler Abtreibungen oder wenn Abtreibungsgegner*innen Abtreibung als Mord bezeichnen.« Auch die Beratungsorganisation pro familia nutzt lieber das Wort *Schwangerschaftsabbruch*: »Übrigens wird bei pro familia der Begriff Abtreibung eher nicht verwendet, da er meist mit negativem Beigeschmack verwendet wird.«¹³

Die Sozialpädagogin und Sexualwissenschaftlerin Katja Krolzik-Matthei fasst zusammen: »Gegenwärtig hat der Begriff da-

durch eine widersprüchliche Konnotation: Einerseits wird er in konservativen bis hin zu fundamental-religiösen Zusammenhängen eindeutig ablehnend und auch abwertend gebraucht (›Abtreibung ist Mord‹). Andererseits spielte und spielt er wieder eine wichtige Rolle in emanzipatorisch-feministischen Zusammenhängen (›Abtreibung ist ein Menschenrecht‹).«¹⁴

Einschätzung: Das Wort *Abtreibung* ist nicht falsch, weil es nicht mehr in Gesetzen verwendet wird – so wenig, wie das Wort *Telefon* falsch ist, weil die Post seit mehr als 100 Jahren diesen Gegenstand *Fernsprecher* nennt. *Schwangerschaftsabbruch* klingt aber – und das ist sicher erwünscht – technischer und neutraler, nach der bloßen Beendigung eines unerwünschten Zustands, und verweist nicht mehr auf ein grammatisches Objekt, das abgetrieben wird (den Fötus).

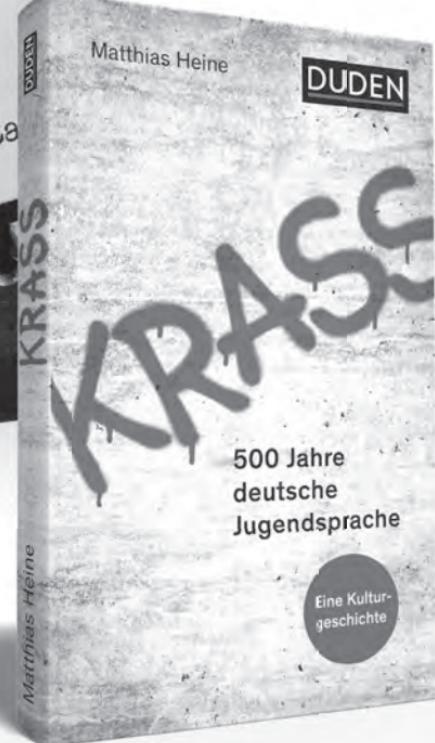
Inhaltsverzeichnis

Wie Wörter kaputtgehen	
können	5
Abtreibung	13
Afrika	18
Altes Testament	21
angelsächsisch	24
anschwärzen	27
Asylant	28
behindert	32
bemannt	35
bester Freund	37
Beziehungstat	39
Breslau	42
Brüder	46
Clankriminalität	50
Curry	54
Damen und Herren	56
Dritte Welt	59
Ehrenmord	61
Eingeborene	66
Einmannpackung	69
Eskimo	71
farbig	74
Flüchtling	77
Frau	82
Fräulein	85
Frau Leutnant	89
gemischtrassig	92
gnädige Frau	95
Hasenscharte	97
Heimat	99
Hottentotten	104
Indianer	108
Indianerkrapfen	114
invalid	116
invasive Art	119
Judaslohn	121
Jude	124
Kaffernbüffel	129

Kameruner	132	Russischer Zupfkuchen	210
Kiew	134	Schamlippen	212
Kolonie	137	schwarz	215
Landstreicher	141	Schwarzafrika	218
Lappen	144	Schwarzfahrer/Schwarzfahren	222
Liliputaner	146	Sekte	226
Migrationshintergrund	149	Selbstmord	228
Milch	153	Sprachpolizei	231
Mission	155	taubstumm	234
Mohammedaner	158	Vater/Mutter	237
Mohr	161	Völkerball	241
Mohrenkopf	169	vor/nach Christus	243
mongoloid	171	Wasserkopf	246
Naturvolk	174	Weihnachten	248
Neger	177	Weihnachtsmarkt	251
Negerkuss	188	Weißrussland	254
nicht sesshaft	190	Zigeuner	257
obdachlos	192	Zigeunerschnitzel	265
Pizza Hawaii	195	Zwerg	268
Prostituierte	198		
Punkt (Satzzeichen)	202	Anmerkungen	273
Rasse	204	Ausgewählte Literatur	297

Weitere Bücher von Matthias Heine

18 € (D) · ISBN 978-3-411-74266-0



18 € (D) · ISBN 978-3-411-75448-9

© Duden 2022 DCBA
Bibliographisches Institut GmbH, Mecklenburgische Straße 53, 14197 Berlin

Redaktion Dr. Laura Neuhaus

Herstellung Alfred Trinnes

Layout und Satz L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde

Umschlaggestaltung ZeroMedia GmbH, München

Druck und Bindung Livonia Print, SIA, Riga

Printed in Latvia

ISBN 978-3-411-75690-2

Auch als E-Book erhältlich unter: ISBN 978-3-411-91402-9

www.duden.de



PEFC zertifiziert

Dieses Produkt stammt aus nachhaltig
bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten
Quellen.

www.pefc.de

PEFC/12-31-006

Kann man das eigentlich noch sagen?

Es gibt heute viele Wörter, die als problematisch, diskriminierend oder gestrig gelten. Manche funktionieren gar nicht mehr, andere finden je nach Kontext und eigener Haltung noch Verwendung.

Matthias Heine stellt rund 80 solcher Wörter vor, er beleuchtet ihre Herkunft, ihre Verwendung und was an ihnen kritisiert wird.

So leistet er einen wichtigen Beitrag zur aufgeheizten Debatte um einen angemessenen Sprachgebrauch. Wer das Buch gelesen hat, kann eine fundiertere Meinung entwickeln und erhält Sicherheit auf einem heiklen Terrain.

ISBN 978-3-411-75690-2
22 € (D) · 22,70 € (A)



9 783411 756902

www.duden.de